

senvernichtungsstätte und Vernichtungslager“ (S. 233) stehen blieb, sei vermutlich eine Folge des sich ausbreitenden Partisanenkriegs gewesen.

Hamburg

Lars Jockheck

Alexander Statiev: The Soviet Counterinsurgency in the Western Borderlands. Cambridge University Press. Cambridge u.a. 2010. 368 S., Kt., 33 graph. Darst. ISBN 978-0-521-76833-7. (€ 71,80).

Alexander Statievs Untersuchung fügt sich ein in eine Reihe von Darstellungen der letzten Jahre über den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen in der Region zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Im Unterschied zu seinen Kollegen wie Alexander Prusin oder Timothy Snyder geht es ihm jedoch nicht um das scheinbar ubiquitäre Phänomen der Gewalt in den *bloodlands*, sondern um die Rationalität ihrer Anwendung seitens der sowjetischen Praxis der *counterinsurgency*. Dieser Begriff ist mit Bedacht gewählt, denn der Autor hält sich nicht lange auf mit Fragen, ob dieses oder jenes Territorium rechtmäßiger Teil der UdSSR war oder nicht. „Bandenbekämpfung“ innerhalb der sowjetischen Grenzen war die Aufgabe diverser sowjetischer Instanzen und ihrer Kampftruppen, und aus deren Perspektive erklärt sich die Begrifflichkeit dieser Studie: „Partisans“ stehen auf sowjetischer Seite, „guerrillas“ sind ihre Gegner, wobei Letztere noch durch das Adjektiv „nationalist“ umschrieben werden. Die „Western borderlands“ schließlich sind die von der Sowjetunion in den Jahren 1940 bis 1944 annektierten Gebiete, während „old territories“ auf die sowjetischen Grenzen vor 1940 verweisen (S. 339). Trotz dieser gewöhnungsbedürftigen Übernahme der sowjetischen Perspektive – die *interwar period* dauert hier bis 1941 – ist St. eine anregende Arbeit zu verdanken, auch wenn man sich zuweilen schwer damit tut, politische Ziele der Sowjetmacht als Maßstab dafür zu nehmen, ob ihre Umsetzung rational war. Moralische Kriterien, das weiß auch der Autor, bleiben in seiner Studie außen vor.

Die Arbeit besteht aus zwölf Kapiteln, die sich zunächst chronologisch mit der Entwicklung der sowjetischen Praxis der Aufstandsbekämpfung auseinandersetzen, angefangen mit den Prägungen des Bürgerkriegs bis zur Phase der Kollektivierung der Landwirtschaft in den annektierten Gebieten Ende der 1940er Jahre. Anschließend untersucht St. einzelne Modi und Werkzeuge der sowjetischen Befriedungsstrategie, darunter Zwangsmigrationen und Deportationen, Amnestien, Vernichtungsbataillone, Polizei- und verdeckte Operationen des NKVD sowie die Kirchenpolitik. Abschließend diskutiert er die Überschreitungen der „offiziellen Politik“, d.h. die extreme Brutalisierung des Guerillakampfs und die willkürliche Verhängung von Strafen. In einer ausführlichen Schlussbetrachtung versucht St. sich an einem Vergleich der sowjetischen Praxis mit den Strategien der Nazis, der westlichen Demokratien im Kolonialkrieg sowie der lateinamerikanischen und anderer Diktaturen in Ländern der Dritten Welt.

Ein Problem dieser Studie ist ihre Tendenz zu Simplifizierungen, auch wenn das in vielerlei Hinsicht heterogene Untersuchungsgebiet diese unter Umständen nahe legt. Dadurch verwischen jedoch die Unterschiede des Kampfes gegen die „Nationalisten“ an der Ostsee oder in der West-Ukraine. Etwas schematisch wirkt auch der Versuch des Autors, mittels eines binären Konzepts von Identitäten, die er als „simple“ und „nested“ beschreibt – wobei diese in National-, jene in Vielvölkerstaaten verbreitet gewesen seien –, den Sowjetisierungsprozess zu erklären: Moskau habe versucht, „simple“ Identitäten in „nested“ zu überführen, also eine „sowjetische Identität“ den vorhandenen nationalen und regionalen überzustülpen, um sich der Loyalität der Bevölkerung zu versichern. *Nolens volens* muss Moskau dabei fast als eine modernisierende Kraft erscheinen. Zugleich behauptet St. jedoch mit Recht, dass gerade in den *borderlands* vielfach verschachtelte Identitäten dominiert hätten, versäumt es aber klarzustellen, wie denn die Sowjetisierung dieser Menschen in sein Schema zu pressen wäre (S. 2-5).

Häufig stellen sich bei der Lektüre Fragen der begrifflichen Zuordnung: Waren Zwangsmobilisierte wirklich „collaborators“ (S. 67 f.)? Können paramilitärische Formationen der Zwischenkriegszeit wie z.B. der estnische Kaitseliit (Schutzbund) pauschal als „strongholds of authoritarianism“ bezeichnet werden (S. 38) oder spiegelt sich hier in erster Linie die Lektüre sowjetischer Quellen, in denen der Unterschied zwischen (demokratisch regiertem) National- und autoritärem Staat verwischt ist? St. erläutert, dass es eines der Ziele der Sowjetmacht gewesen sei, nach 1944 einen Bürgerkrieg in den „befreiten“ Gebieten zu entfachen, weshalb der Einsatz der meist aus *locals* bestehenden Vernichtungsbataillone als Erfolg bewertet wird. Dass diese „Lokalbevölkerung“ gerade in den baltischen Staaten oft aus Personen lokaler Herkunft bestand, welche jedoch erst nach 1944 aus der Sowjetunion zurückkehrten und oft kaum ihrer Muttersprache mächtig waren, verschweigt der Autor. Zwar lässt sich dieser Umstand an der sowjetischen Statistik meist nicht ablesen, doch hätte dies Problem zur Sprache kommen müssen.

Auch wenn der Vf. insgesamt der sowjetischen Strategie bei der Bekämpfung des regionalen Widerstands attestiert, lernfähig und gerade auch im Vergleich mit den westlichen Demokratien effektiver gewesen zu sein, ist sein Buch keine Apologie der Mittel und Wege, mit denen Moskau in der Nachkriegszeit seine Macht in den annektierten Gebieten wiederherstellte. Zugleich macht er darauf aufmerksam, dass zumindest teilweise Vertreter der Sowjetmacht für das Überschreiten ihrer Kompetenzen härter bestraft worden seien als etwa französische Einsatzkräfte in Afrika. Dass gerade im sowjetischen Kontext ein erhebliches Maß an Willkür dabei im Spiel war, manch einer für Raub erschossen wurde und manch anderer für dasselbe Vergehen nur einige Tage Arrest erhielt oder straffrei ausging, wird deutlich herausgestellt (siehe die Tabelle S. 302 ff.).

Vor allem in den *Western borderlands* selbst wird St.s Interpretation auf kritische Resonanz stoßen. Dies gilt besonders für seine Kontextualisierung der Deportationen, die in lokaler Perspektive zu den großen Tragödien des 20. Jh. zählen. Für den Vf. ist sowjetische Politik nur vor dem Hintergrund des antizipierten Klassenkampfes zu verstehen, was heute fast schon als Revisionismus erscheint. Allerdings habe sich diesem dominierenden Erklärungsmuster seit den späten 1930er Jahren der Faktor des „ethnic-based decision making“ hinzugesellt (S. 165). Diesen Faktor schließt er jedoch als Motivation für die Deportationen 1941 und in der Nachkriegszeit aus (S. 185). Sie seien ein Vernichtungskrieg gegen die „Kulaken“ gewesen (S. 178), wobei die Bevölkerungen der *borderlands* nicht mehr gelitten hätten als die Menschen in den *old territories* in den 1930er Jahren. Den in den nationalen Historiografien erhobenen Vorwurf des Genozids widerlegt er mit der Gegenthese, dass die „ethnischen Säuberungen“ baltischer Nationalisten im Sommer 1941 viel mörderischer gewesen seien als die Folgen der Deportationen (S. 193). Dies kann zwar nur stimmen, wenn der Holocaust gemeint ist, für den hier allein die *Baltic nationalists* verantwortlich gemacht werden. Demgegenüber ist St. jedoch zuzustimmen, wenn er feststellt, dass das Sowjetregime potenzielle Feinde verbannt, nicht exekutiert hat. Dies widerspricht einer vermeintlichen genozidalen Absicht genauso wie der Umstand, dass der Reproduktion der Deportierten in der Verbannung prinzipiell keine Hindernisse auferlegt wurden. Im weiteren Kontext macht St. zudem darauf aufmerksam, dass junge Männer, die 1939-1941 verbannt wurden, also zu einer Zeit, wo ihre Überlebenschancen weitaus geringer waren als im Falle derjenigen, die in den späten 1940er Jahren deportiert wurden, eine niedrigere Sterbequote gehabt hätten als diejenigen, die in die Rote Armee eingezogen wurden (S. 193). Hätte Moskau wirklich ein Genozid an den Völkern der *Western borderlands* durchführen wollen, so darf man St. verstehen, wären die eingesetzten Mittel extrem ineffektiv gewesen.

Mit St.s Untersuchung liegt die erste überregionale Studie zur sowjetischen Aufstandsbekämpfung in den annektierten Gebieten vor. Auch wenn es keine neue Erkenntnis ist, kann man hier anhand sowjetischer Akten nachlesen, dass der Widerstand gegen die Sowjetisierung in der West-Ukraine und in Litauen am stärksten war. Man wird dem Vf. nicht vorwerfen können, dass er sich mit Anhaltspunkten begnügt, warum dies so war. Wie die

sowjetischen Instanzen darauf reagierten, hat er ausführlich dokumentiert und analysiert. Ab sofort wird sich jede neue Lokalstudie für den größeren Kontext mit St.s Studie beschäftigen müssen.

Tallinn

Karsten Brüggemann

Katarzyna Stokłosa: Polen und die deutsche Ostpolitik 1945-1990. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2011. 606 S., Ill. ISBN 978-3-525-30000-8. (€ 59,95.)

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945 bildeten bereits den Gegenstand zahlreicher Teiluntersuchungen, umso mehr war eine synthetische Darstellung wünschenswert. Diese Aufgabe stellte sich Katarzyna Stokłosa in ihrer an der Universität Potsdam 2010 vorgelegten Habilitationsschrift. Dabei setzt die Autorin für ihre Arbeit richtungsweisende Schwerpunkte. Sie möchte vor allem eine Antwort darauf finden, wie es – trotz immenser geschichtlicher Belastungen – zu einer, wie sie sich ausdrückt, Aussöhnung zwischen den beiden Ländern kam. Ihre Untersuchung fokussiert sie auf die Zeit nach 1969, vor allem auf das Wechselspiel zwischen der „neuen Ostpolitik“ der sozial-liberalen Koalition und der Deutschlandpolitik der polnischen Kommunisten. Schließlich strebt St. eine multinationale Perspektive und einen „komparatisch-kontrastiven Zugriff“ an (S. 33). Um Letzteres zu erreichen, recherchierte sie nicht nur in polnischen und deutschen, sondern auch in US-amerikanischen, britischen und russischen Archiven.

Die Darstellung ist chronologisch geordnet. Wird in den ersten Kapiteln wenig Neues angeboten, liefert die Schilderung der bilateralen Beziehungen und des internationalen Kontextes seit 1969 einen spannenden Lesestoff. St. wertet die Politik der herrschenden polnischen Kommunisten aus und sieht in dem damaligen Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Władysław Gomułka, eine selbstständig handelnde Person, die im Mai 1969 den Anstoß zu den westdeutsch-polnischen Verhandlungen gab (S. 154). Sie schildert die ambivalenten Reaktionen des Westens auf die westdeutsche Ostpolitik (S. 252-285). Nicht selten, insbesondere im Falle Frankreichs, kam darin die Furcht vor einer „Finnlandisierung“ Deutschlands bzw. dessen Abkoppelung vom Westen zum Ausdruck (S. 278).

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bilden die KSZE-Gespräche in Helsinki, darunter die Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem polnischen Regierungschef Edward Gierek. Dieser erklärte sein Einverständnis zur Ausreise von 120 000 bis 125 000 Personen deutscher Abstammung. Im Gegenzug sicherte Schmidt die Zahlung einer Pauschale von 1,3 Milliarden DM zur Abgeltung polnischer Rentenansprüche und einen Kredit von einer Milliarde DM zu. Die Autorin lässt unerwähnt, dass diese Abmachung zustande kam, weil der 1970 geschlossene Warschauer Vertrag die Frage der deutschen Minderheiten in Polen nicht präzise genug geregelt hatte. So kommt es, offensichtlich unter dem Eindruck der Aussagen von Zeitzeugen, zu einer massiven Überbewertung des persönlichen Hintergrunds der zwischen Schmidt und Gierek ausgehandelten Verständigung (vgl. S. 340 u. 390).

Seit Mitte der 1970er Jahre, insbesondere nach der Gründung der Gewerkschaft „Solidarność“ im Sommer 1980, gewannen die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen immer mehr an Bedeutung. In diesem Teil wäre eine stärkere Berücksichtigung der Sichtweise der polnischen Oppositionellen, darunter der Polnischen Verständigung für die Unabhängigkeit (Polskie Porozumienie Niepodległościowe) – von St. fälschlicherweise mit „Vereinigung“ übersetzt – und deren Konkurrenzcharakter zur Deutschlandpolitik der herrschenden Kommunisten wünschenswert gewesen. Die Darstellung der Autorin, dass die Bereitschaft der polnischen Kommunisten, sich mit der Opposition an einen „Runden Tisch“ zu setzen und die Macht zu teilen, ohne das Zutun des Westens zustande gekommen sei (S. 490), ist fraglich und steht im Widerspruch zu den Ergebnissen der bisherigen Forschung.